

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und auswärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pf. = 17½ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Jos. Eich.
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß: F. W. Schmitz.
Expedition: Neuß, Markt.

Inserate für die nächstfolgende Nummer werden bis 7 Uhr am Vortage erbeten; Preis für die 5-spaltige Zeile ober deren Raum 15 Pf. = 1½ Sgr.

Amtliches.

Se. Majestät der König haben Allernachst geruht:
Den seitberigen unbeforderten Beigeordneten der Stadt Siegen, Heinrich Holzmann, in Folge der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl, in gleicher Eigenschaft für eine fernere sechsjährige Amtsdauer zu bekräftigen.

Ein officiöser Scandal.

Berlin, 7. Decbr. In der vorgestrigen Sitzung der Commission zur Prüfung der Hamburger Zollanschluss-Angelegenheit stellte der Abgeordnete Windthorst an den Finanzminister Bitter die auch in den öffentlichen Blättern erörterte Frage, ob etwa in Folge des projectirten Zollanlasses irgend eine fremde Macht zu Einreden sich veranlassen könnte. Ueber diese Frage mußte sich die Commission klar werden, um dann allen etwaigen Einmischungsversuchen einhellig wider sprechen zu können. Kein Mitglied der Commission hatte in dieser Frage etwas Bedeutsames erwidert, auch nicht der Vertreter der Regierung. Nachdem er die Frage des Centrumsführers mit „Nein“ beantwortet hatte, verließ die Commissionsberatung ruhig weiter. Um so erstaunter mußte man sein, als die „Nordd. Allg. Ztg.“ in ihrer gestrigen Morgenausgabe einen scharfen Artikel gegen Windthorst brachte, in welchem ihm jene Anfrage kaum geringer denn als Landesverrath angerechnet wurde. Der Artikel lautet:

„In der Commissions-Sitzung des Reichstags über die Hamburger Angelegenheit hat der Abg. Windthorst die Frage gestellt, ob die Reichsregierung dessen sicher sei, daß dem Anschluss der Unterelbe an das Zollgebiet Deutschlands die auswärtigen Mächte geneigt sein würden, die durch schwere Opfer erkaufte Freiheit dieses Stromes in Bezug auf die Abkündigung des Stader Zolls dadurch beschränken zu lassen, daß dort neue Zollformalitäten eingeführt würden. Herr Windthorst nannte hierbei ausdrücklich England und Rußland und bemerkte dazu, daß er vor einiger Zeit durch einen ausländischen Agenten über diese Angelegenheit interpellirt worden sei.“

Der Finanzminister Bitter hat darauf erwidert, daß die Elbe ein preußisch-deutscher Strom sei, dessen Grenze nach dem Meere zu das Ländgebiet des Königs von Preußen und des Deutschen Reiches abschleife und daß innerhalb dieser Grenzen Preußen und Deutschland von auswärtigen Mächten ebensoviele eine Einmischung annehmen würden, als sie das Recht hätten, sich ihrerseits in die Einrichtungen zu mischen, welche fremde Länder, namentlich Rußland und England, innerhalb ihres Gebietes zu treffen für nöthig bielten, daß er daher in keinem Augenblicke die Voraussetzung theilen könnte, als ob

Preußen und Deutschland im eigenen Hause nicht Herren ihrer Entscheidungen sein dürften. Der Finanzminister hat mit Recht darauf hingewiesen, wie man wohl in einem andern Lande, in Frankreich oder Rußland, einen solchen Appell an das Ausland, bezüglich der Ausübung inländischer Hoheitsrechte auf französischem oder russischem Gebiete aufnehmen würde. Wir glauben nicht, daß ein Franzose oder Russe es über sich gewinnen würde, angesichts der Öffentlichkeit und des Nationalgefühls seiner Landesleute mit der Einmischung des Auslandes zu drohen, wenn es sich um die Regelung der französischen oder russischen Zolllinie an der Mündung der Seine oder der Nawa handeln sollte. Gerade der Vertrag vom 22. Juni 1861 über den Brunshäuser Zoll constatirt die Anerkennung, wenn es deren bedurft hätte, der damaligen handverlesenen, also deutschen Hoheitsrechte auf diesem Gebiete, und es kann dem Abgeordneten Windthorst nicht unbekannt sein, daß es sich bei jenem Vertrag um die Aufhebung einer Schiffsabgabe in Gestalt eines Elbzolles handelt, aber in keiner Weise um die Hoheitsrechte Hannovers resp. Deutschlands, die Grenze der Duanen innerhalb des eigenen Landesgebietes dort zu legen, wo es den eigenen Landesinteressen und der eigenen souveränen Gesetzgebung angemessen erscheint. Der Vertrag vom 22. Juni 1861 ist für die Frage der Reichszolllinie vollständig gleichgültig und kein Ausländer, auch wenn er staatsrechtlich weniger durchgebildet wäre, wie der frühere hannoversche Justizminister, würde es für etwas Anderes als eine Unverschämtheit ansehen, wenn seine Regierung sich in die Regulierung der Donaulinie des deutschen Reichs innerhalb des deutschen Gebietes einmischen wollte.

Die Abkündigung des Sundzolls war eine vollständige Analogie mit der des Stader Zolls. Auch der Sundzoll gelangte innerhalb der dänischen Gewässer zur Hebung. Wenn man nun aus dieser Abkündigung den Vorwand entnehmen wollte, die dänische Staatshoheit innerhalb dieser selben dänischen Küstengewässer in der Ausübung der Kontrolle ihrer Douanengrenze zu beeinträchtigen, so würde sich sicher in einem dänischen Parlament kein Mitglied finden, welches für eine solche Verletzung der nationalen Unabhängigkeit den Anwalt des Auslandes machen würde. Aber allerdings können wir im Punkte des Nationalgefühls auch von Dänemark noch Manches lernen.“

In der gestrigen Commissions-Sitzung erhob der Abgeordnete Dr. Windthorst sofort Protest gegen diese offiziöse Fälschung und die mehr als gehässige Insinuation, als habe er an das Ausland appelliren wollen. Er führte aus, daß er sich schwer beleidigt fühle durch die unberechtigten Angriffe der „Norddeutschen“ und die Commission als Richter aufrufe; er habe allerdings die Frage gestellt, ob die Abänderung der Elbzollgrenze nicht Reclamationen auswärtiger Mächte hervorgerufen könnte; die ganze Debatte sei aber von dem Gedanken getragen gewesen, sich etwaigen Reclamationen Englands und Rußlands entgegen zu widerlegen, und er habe ausdrücklich hervorgehoben, daß er diese Angelegenheit nicht vor das Plenum des Hauses bringen

werde. Seine Aeußerungen seien also von dem officiösen Organ fälschlich wiedergegeben, und er stelle die Bitte an die Commission, man möge ihm offen entgegen treten, falls seine Darlegungen sich im Sinne der Angaben der „Nordd.“ bewegt hätten. Die Commission constatirte einstimmig, daß der betr. Artikel in der That die bezüglichen Verhandlungen entstellend wiedergegeben habe. Die größte Ueberraschung sollte aber der Commission noch zu Theil werden durch die höchst eigenthümlichen Erklärungen des Finanzministers Bitter über diese Angelegenheit. Derselbe mußte zugestehen, daß auch seine Aeußerungen von der „Norddeutschen“ nicht korrekt wiedergegeben seien. Ein Gleiches bestätigte er betreffs der Rede Windthorst's. Einige Bewegung entstand im Schooße der Commission, als Herr Bitter hervorhob, er stehe dem Artikel der „Norddeutschen“ völlig fern und habe auch dem Reichstagsler über die Aeußerungen Windthorst's in ganz anderem Sinne berichtet, als wie es die „Norddeutsche“ darstelle; er fügte hinzu, daß er nicht annehmen könne, der Artikel rühre vom Reichstagsler her. Auch soll der Finanzminister eine dem Abgeordneten Windthorst befriedigende Richtigstellung in der „Nordd. Allg. Ztg.“ versprochen haben. Dieselbe sollte in der heutigen Abendausgabe des officiösen Blattes erscheinen. In derselben finden wir indes von einer Richtigstellung, die befriedigen könnte, keine Spur. In einem langen Artikel fällt die „Nordd. Allg. Ztg.“ zwar wieder über den Abg. Windthorst her, dessen Haltung vor, während und nach den Wahlen den Eindruck mache, daß ein Entgegengemommen der Regierung und der conservativen Parteien entweder gehindert oder nur unter der Demüthigung zugelassen werden solle, daß diese Parteien und namentlich die Regierung ohne das Centrum hilflos und deshalb von diesem vermaßen abhängig seien, daß sie mit der gewöhnlichen Unterstützung prämeditirte Verlegungen und Kränkungen mit in den Kauf nehmen müßten. „Wollte die Regierung — so heißt es dann weiter — eine solche Situation annehmen, so würden wir es beklagen und damit jede Aussicht auf eine Verständigung für verloren ansehen, weil die Regierung damit anerkannt haben würde, daß sie sich in einer so hilflosen Lage befände, daß sie sich die Bedingungen der Verständigung dikiren lassen müsse. Deshalb halten wir für unsere Pflicht, zu thun, was wir können, um Klarheit in die Situation zu bringen, so lange es noch Zeit ist.“ Zum Schlusse heißt es dann:

„Wegen Mangels an Raum behalten wir uns die Fortsetzung dieser Darlegung mit Rücksicht auf die Vorgänge in der Commission vor; für heute bemerken wir über unseren Artikel von gestern nur Folgendes:

Die Mittheilungen unseres Gewährsmannes über die tatsächlichen Vorgänge in der Commission schließen mit den Worten der sechszehnten Zeile des zweiten Absatzes „sein dürften.“ Der darauf folgende mit den Worten „Der Finanzminister hat“ beginnende Satz bildet den Anfang unserer Betrachtungen über den erzählten Vorgang und hätte deshalb durch eine Alinea von dem Vorhergehenden getrennt sein müssen.“ Das ist Alles, was heute gesagt wird. „Daß sie „offen-

Das Geschlecht der Reichenan.

Novelle von M. Ludloff.

(Fortsetzung.)

Die Häuser auf Java besitzen meist nur ein Stockwerk; umgeben von Gärten, sind alle in einer Weise gebaut, die dem Luftzug freien Durchzug läßt. So sind sie kühl und schattig, besonders der Porticus, eine von Säulen getragene Vorhalle mit Aussicht in die vor ihr liegenden Gärten. Manche derselben bieten ordentlich einen paradiesischen Anblick, und die Gebäulichkeiten weitläufig in ihrer äußeren Erscheinung mit unfern schönsten Villen, an denen Reichtum und guter Geschmack das Fröge geleistet haben.

Solch ein reicher Besitz war derjenige Brugenaar's nun nicht. Wie er sich selber einen einfachen Handelsmann nannte, so war auch „sein Erbe“ einfach, doch bequem und freundlich.

Leo fand Lehteres doppelt, als er etwas später zur Abendmahlzeit im Portico erschien, wo jetzt zwei herabhängende Afrikaner bis in das dicke Gesträuch hineinsahen. Ein aufmerksamer Malaya bediente beim Mahle, das unter den verschiedensten Gesprächen verlief. Revroum war gern unterhalten und wegen der Wiedersehensfreude mußte der sonst schweigsame Gemahl sich heute wohl etwas anstrengen, wobei ihm Leo indes redlich zu Hilfe kam und dadurch augenscheinlich in der Gunst Revroum's stieg. Aber auch Myndeer zeigte sich für die ihm geleistete Unterstüßung erkenntlich, und wohl annehmend, daß sein junger Gast nach all' den Erlebnissen der Ruhe bedürfte, bestand er darauf, den javanischen Abend zu kürzen und zeitig den jungen Mann sich selber zu überlassen.

Junig dankbar war ihm Leo dafür, aber Ruhe fand er so bald noch nicht. Doch, endlich allein mit seinen Gedanken, blickte er hinaus auf die wundervolle Scenerie vor sich. Ob es denn ein entzückendes Bild auf der Welt, als das hier vor ihm ausgebreitete, dessen Reiz die Nacht eher vermehrte, als verminderte?

Wie ein Märchen aus Tausend und einer Nacht kam ihm dies Alles vor, besonders der Blick in die nahegelegenen, mit gewürzigen Büschen und Fruchtbaum bedeckten Gärten, über welche die hohen, federartigen Wipfel der Cocos- und Arelpalmen im kühlen Luftzug rauschten, sich hin und her wiegend,

wobei sie nur in der Mitte den Blick nach dem sternbesetzten, tief dunkelblauen Himmel freiließen.

Das Stückchen blauer Himmel führte Leo's Gedanken zurück in die deutsche Heimath zu den fernsten, fernsten Lieben.

Er wußte sie gut geborgen in Gerhard's Gut, und dennoch —

Wieder hob sich sein Blick zu dem wunderbar prächtigen Himmelsgewölbe, an dem hell und klar das färbliche Kreuz funkelte, und seine Seele erstarrte in der gläubigen Zuversicht, daß eine gerechte, aber auch allmächtige gültige Waterband ihre Kinder schütze. Beruhigt und getrostet trennte er sich von dem prächtigen Anblick und suchte die Nachtruhe, seine erste auf Java.

XXIII.

Einer Ausfaat Ernte.

Dich schirmt ein guter Geist
Leb' und blühe!

Chalaspere.

Wochen waren seit Leo's Landung in Batavia vergangen. Das Schiff hatte seine Rückfahrt angetreten, Leo war geblieben. Brugenaar, nebst seinem Freunde, leisteten Bürgschaft für den jungen Fremden, da dieser in das Geschäft des ersten als Commis eintrat. Es war ein bescheidener, kleiner Poeten, der wenigstens vorläufig mehr Arbeit als Gewinn versprach. Seine Lage hatte indes Leo belehrt, nicht anspruchsvoll zu sein und dankbar die Gelegenheit wahrzunehmen, die ihm sofort ein ehrliches Verdienst verheißt. Auch sah er sich Brugenaar verpflichtet. Derselbe gehörte nicht zu den Geschäftsgroßen der Insel, er war lediglich ein wohlhabender Handelsmann, dessen Geschäft in bescheidenem Umfange blühte. Bisher hatte er demselben so ziemlich allein vorgestanden, da sein ganzes Personal sich aus einem weissen Waarenmeister und einigen malayischen Dienern zusammensetzte. Brugenaar, von Hause arm, war lange als Buchhalter in einem großen Handelshause zu Celebes thätig gewesen, in vorgerückteren Jahren aber nach Java übergesiedelt, wo er sich verheiratete und ein eigenes Geschäft etablierte. In seiner ruhigen, gehaltenen Weise war er stolz darauf, sich als gemachten Mann zu fühlen, was ihm, im Vergleich mit seiner früheren Mittellosigkeit stets als eine höchst erfreuliche Schicksalsveränderung vorkam und ihn gern zu der bereits auf dem Schiff gegen Leo gemachten Aeußerung veranlaßte, Java sei das Feld, sein Glück zu machen. Daß man dafelbst in der That durch Fleiß und Ausdauer zu Reichtum gelangen konnte, dafür gab es noch andere glänzende Beispiele in dem alten Batavia.

Je mehr Leo sich mit dem schönen, ergiebigen Lande befreundete, je mehr sah er dies ein, und einmal an diese Küste verlagern, dünkte es ihm rathamer, gleich dort Beschäftigung zu suchen, als mit dem Dampfer zurück nach Bombay zu segeln, wo seine mitgebrachte Empfehlung nun doch werthlos war, während sich an Ort und Stelle bereits eine freundliche Hand gefunden, die bot, was sie zu bieten hatte. Freilich mußte er dabei von unten an, so zu sagen von der Pike auf dienen und die Lehrjahre wahrnehmen, die ihm in der Heimath geschenkt worden, aber das schreckte ihn nicht; es reizte eher seine jugendliche Kraft die Vorstellung, ganz auf sich selber angewiesen zu sein und durch eigenen Fleiß und Mühe möglicherweise künftigen Wohlstand erringen zu können.

Gelang dies nicht, so verdiente er doch jedenfalls so viel, um mit einem der vielen Handelschiffe nach Hongkong zu kommen, woselbst er sicher einen Freund fand — Onkel Rafael. Bei seiner völligen Vereinsamung zog es ihn jetzt schon oft zu diesem hin, aber sein feines Ohrgeflüß sträubte sich dagegen, in der Fülle von jugendlicher Kraft und Gesundheit als Bettler an das Missionshaus zu klopfen. Nein, er wollte wenigstens zuerst das Nothwendigste verdienen und dann gern und dankbar des Oheims Beistand und Hilfe in dem fremden Lande annehmen, falls es Noth that.

Vorläufig bot sich ihm Arbeit und er wollte arbeiten. Solche Reflexionen hatten ihn zur Annahme der angebotenen Stellung geführt. Seit Wochen war er nun schon darin thätig, und „manch“ beruhigenden, tröstlichen Bericht hatte die Post bereits mit zu den Lieben nach Europa genommen. Munter und hoffnungsvoll, wie dieselben gehalten waren, merkte man ihnen wenig an, daß dem Schreiber das tägliche Leben unter dem Äquator dennoch gar oft nicht so sonnig war.

Während die Wochen sich zu Monaten reichten, gab es auch auf dem schönen Java Stunden und Tage, in welchen der arme fremde Commis in dem düstern Waarenhaus und Comptoir zu Alt-Batavia sehr tief den Wechsel seines Geschicks empfand. Aller Anfang ist schwer; auch der unter der äppigen Pracht der Tropen.

Leo's Stellung schloß manche Beschäftigung ein, zu der er in Europa niemals gedacht hätte herabsteigen zu müssen, und oft wollte ihn die Geduld verlassen bei den alltäglichen Kleinigkeiten eines Erwerbes, bei dem er aushalten mußte, während er sich doch zu ganz anderer Thätigkeit befähigt fühlte. Dazu kam, daß, sobald er sich mehr in den örtlichen Verhältnissen orientirte, seine

bar auf Grund falscher Informationen diesen heftigen Angriff gegen den Abg. Windthorst gerichtet — wie es in der „Kreuztg.“ heißt — für diese Erklärung, meinen wir, hätte die „Norddeutsche“ bei gutem Willen auch in ihrer heutigen Abendausgabe zehnmal Raum finden können. Ob sie es morgen tut? Doch nein — um sie, die „Norddeutsche“, kann es sich nicht handeln, ein Anderer ist es, von dem die Berichtigung kommen soll. In der „Kreuztg.“, die sonst ja „gut in dieser Sache informiert ist“, heißt es nämlich: „Beim Beginn der heutigen Commissionssitzung gab nun der Herr Finanzminister die ausdrückliche Erklärung ab, daß er es für seine Pflicht gehalten, den Reichsanwalt noch gestern Abend über den eigentlichen Sachverhalt genau zu informieren und den Wunsch auszusprechen, daß Remedur geschaffen werde, wie sie der Abg. Windthorst mit Recht erwarten dürfe. Der Reichsanwalt habe sich dazu bereit erklärt, da der betr. Artikel der „Nordd. Allg. Zeitung“ von ihm weder inspiriert, noch veranlaßt sei. In Folge dessen sei der „Nordd. Allg. Ztg.“ eine entsprechende Berichtigung zugegangen, und nur der Umstand, daß der Wortlaut derselben erst spät Abends festgestellt worden sei, sei schuld daran, daß dieselbe in dem heutigen Morgenblatt noch nicht zum Abdruck gelangt sei.“

Sie wird also wohl noch kommen. Nachstehend noch einige Pressstimmen in dieser Angelegenheit. „Rein Mitglied der Commission — so schreibt das Berl. Tagebl. — hatte in der Windthorst'schen Äußerung etwas Bedenkliches erblickt. Um so mehr mußte Herr Windthorst erkannt sein, in der gestrigen Morgenausgabe einen sozusagen ladenden Artikel gegen seine Person und jene Äußerung zu finden, die ihm kaum geringer denn als Landesverrat angekreidet werden zu sollen scheint.“ ... Die Commission konnte nicht umhin, dem Herrn Windthorst dadurch ein Rechtferdigungszeugnis auszustellen, daß sie, wie die „Germania“ verkündet, „einstimmig“ [so heißt es auch in anderen Berichten] anerkannte, die Vorgänge in der Commission seien in dem Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ entstellend wiedergegeben.

Die „Post“ Ztg. berichtet über die Anfrage, welche Herr Abg. Windthorst in der Commission gestellt, und fährt fort: „Wir glauben, daß eine solche Anfrage ihre volle Berechtigung hat und daß es unzweifelhaft zu den Rechten wie zu den Pflichten eines Reichstagsmitgliedes und ganz besonders eines ad hoc gewählten Commissionenmitgliedes gehört, alle die Eventualitäten zu berücksichtigen, welche sich aus der Annahme einer unter Umständen so folgenschweren Vorlage ergeben könnten und den Reichstag in die Lage zu versetzen, mit voller Kenntnis der einschlagenden Tatsachen und etwa zu erwartenden Folgen sein Votum abzugeben.“

Mit dieser Anfrage und mit der vom Herrn Finanzminister erteilten Antwort hielt man in den beteiligten Kreisen diese Seite der Frage vorläufig für erledigt, als plötzlich gestern früh die „Nordd. Allg.“ die Welt mit einem Leitartikel überraschte, den wir weiter unten wörtlich reproduzieren.

Vorläufig und bis zum definitiven Austrag der Sache scheint es, als ob die Mitglieder des Centrums mit dem ihnen eigenhümlichen esprit de corps geneigt sind, den ihrem Führer angethanen Affront als einen gegen die ganze Fraktion gerichteten Angriff aufzufassen, und diesen Standpunkt auch äußerlich markieren werden.

Will man nicht dem Fürsten Reichsanwalt statt einer durchdrachten Politik eine nur von leidenschaftlichen Impulsen abhängige Handlungsweise unterstellen, so ist es schwer, ja fast unmöglich, seine Action zu verstehen.

Unter den schwersten Angriffen gegen die liberalen Parteien, unter Hervorhebung der wirksamen Unterstützung, welche ihm vom Centrum bei der Zoll- und Wirtschaftspolitik geleistet worden, kam er dieser Partei auf mehr als halbem Wege entgegen. Daß er nach seiner Kenntnis der Verhältnisse wohl kaum voraussetzen dürfte, für dieses lebenswürdige Entgegenkommen, schon bei der Beschlußfassung über den Volkswirtschaftsrath das ganze Centrum auf seiner Seite zu finden, nachdem, ohne daß irgend eine Veränderung vor sich gegangen, erst vor wenigen Monaten dieselbe Vorlage abgelehnt worden war, liegt auf der Hand; und doch scheint es fast, als ob die Haltung seines Organs nicht ganz unabhängig von einer über die genannte Abstimmung eingetretenen Verstimmung ist, und daß man sich an maßgebender Stelle Illusionen hingegen hat, welche einen Beleg dafür liefern, wie sehr man durch die Bigamie und die Glacität früherer „Stützen“, welche man selbst abgelegt, verhöhnt worden ist.

Wenn kleine Gefälligkeiten die Freundschaft befestigen, so dürften auf der anderen Seite große Grobheiten, und als eine solche müssen wir den Artikel der „Nordd. Allg.“ bezeichnen, nicht dazu beitragen, ein so zweifelhaftes Verhältnis zu befestigen.“

Auch die „Zf. Ztg.“ vermutete, die Ablehnung des Volkswirtschaftsrathes seitens eines Theiles der Centrumsfraktion unter Windthorst solle diesem vergolten werden. Sie schreibt: „Der Schatten des gemordeten Volkswirtschaftsrathes kann keine Ruhe finden, als Rachegeist irt er durch die Spalten der „Nordd. Allg. Ztg.“ und ruft Wehe über den Mann, den er für seinen Mörder hält, über den Abg. Windthorst. In alten Mitten und Neben muß Jemand, der in Grimm und Born war,

Stellung ihn zu brüden begann, den andern Europäern gleichen Alters gegenüber, die als Commis und Buchhalter in den Häusern der indischen Nabobs oder der Maatschappij die Genüsse javanischen Lebens anders verkosteten, wie er. Obgleich er sich denselben völlig gleichberechtigt, wenn nicht überlegen fühlte, schauten diese doch meist neugierig auf den hergekommenen Deutschen herab, der sich aus doppelten Gründen sehr zurückhielt. Voreerst hatte er nur kleine Mittel, zweitens mußte er von seinem Verdienst für das heim sparsam und dann kamen noch die völlig fremden Verhältnisse. Aber er hielt aus, langsam lagerte er sich seinen Weg, ehe ein halbes Jahr vorüber war, lagen die meisten Schwierigkeiten hinter ihm und seine Beschäftigung hatte eine ihm mehr zuzugewandene Richtung angenommen. Seine Fähigkeiten kamen zur Geltung und er fühlte selbst, daß er nunmehr seinem Principal von Nutzen wurde und ihm die dem Fremden erwiesene Güte reichlich lohnte. Brüggenaar zeigte ihm dagegen stets eine wohlwollende Theilnahme und schien selbst immer erfreuter über das Resultat, das er durch seine richtige Benützung des Fremden erreicht hatte.

(Fortf. folgt.)

ein wenig revidirt haben, und welche nachstellende Entdeckungen konnte er begründen! Herr Windthorst paradiert da ja als der oberste Vertreter antinationaler Interessen, als Agent reichsfeindlicher Bestrebungen, und sogar den Kullmann hat er an seinen Rodschipsen! Freilich, er commandirt auch eine große Partei, mit der sich die Regierung im Nothfalle verständigen kann, weil sie ihr wohl unbedeutend, aber nicht wie etwa der Fortschritt dem Lande gefährlich werden kann, indem, wenn diese Partei so wenig sönlich am Herzen liegt, die Hälfte ihres Bestandes jammert dem Führer zur Opposition abzuwehnen, dann — ja dann — los auf diesen Führer, journalistischer Tyrann!“

Weiter meint das demokratische Blatt, es würde sehr lehrreich gewesen sein, wenn sich in der vorigen Woche, als auf jede Frage eine Antwort folgte, Jemand beim Reichsanwalt erkundigt hätte, ob ihm über die Persönlichkeit seines geheimnißvollen Doppelgängers in der „Nordd. Allg. Ztg.“ etwas bekannt sei. Man möge an Rathfeld eine Zeit lang Vergnügen haben, aber wenn es zum Unfug komme, sei die Lösung geboten.

Die „Kreuztg.“ schreibt a. A.: „Es ist dies namentlich in der Commission selbst einstimmig anerkannt, daß die Mittheilung der „Nordd. Allg. Ztg.“: der Finanzminister Bitter habe einen solchen Appell an das Ausland aufnehmen werde“, völlig unwahr ist, und daß überhaupt die Commission die Frage des Abg. Windthorst für eine lediglich informatorische gehalten und derselben nicht die geringste politische oder gar hinterhältige Absicht beigelegt hat.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat also offenbar auf Grund falscher Informationen diesen heftigen Angriff gegen den Abg. Windthorst gerichtet.“

Auch nach den Informationen des „Reichsboten“ verhält es sich so. Auch bei Annahme eines Mißverständnisses ist es diesem Blatte noch unbegreiflich, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ diese delicate Sache an die Glode der Öffentlichkeit schlagen konnte.“

Deutscher Reichstag.

Berlin, 6. Dec.

Die heute im Reichstag fortgesetzte zweite Beratung des Etats gab zu erheblichen Debatten keinen Anlaß. Die Etats der Eisenbahnverwaltung und des Postwesens wurden bewilligt. Sodann beriet das Haus die der Budgetcommission zur Vorberatung überwiesenen Theile des Militäretats. Die Commission hat die Zahl der übrigen Ersatzrekruten in Preußen von 38041 auf 29700, in Sachsen von 4288 auf 3285, in Württemberg von 3190 auf 2472 herabgesetzt, wodurch einige hunderttausend Mark Ersparnisse erzielt werden. Das Haus stimmte den Commissionsvorschlägen zu. Bei den einmaligen Ausgaben wurden 30000 M. (Wartnondaderei in Altona) gestrichen und die Forderung für den Neubau verbleibender Traineedepots in Berlin im Ganzen von 640000 M. auf 300000 M. ermäßigt. — Beim Außerordentlichen Etat gab Abg. Sonnemann Namens der Volkspartei die Erklärung ab, daß sie gegen sämtliche Positionen des Extraordinariums stimmen werde, insofern Gelder für Neubauten verlangt werden und nicht bereits früher Theilbewilligungen erfolgt seien. Es solle und werde dadurch die Wehrkraft des Landes in keiner Weise gefährdet; die Partei wolle aber dadurch ihrer Ueberzeugung Ausdruck geben, daß die Militärlast dem deutschen Volke auf die Dauer unerschwinglich erscheine, und daß die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Volkes durch die gegenwärtigen Zustände schwer geschädigt werden. — Abg. Richter (Hagen) hielt diese Opposition für inadäquat, weshalb die Fortschrittspartei sich ihr nicht anschloß, wenn sie auch die Grundanschauung habe, daß die Militärlast zu hoch sei. Da einmal die Erhöhung der Präsenzliste bewilligt worden, müsse man auch die notwendigen baulichen Veränderungen bewilligen, wenn man nicht die Soldaten in Bürgerquartieren unterbringen und so die Last noch erhöhen wolle. — Abg. Bähler kündigte an, daß er sich vorbehalte, seinen Abdrückungsantrag in nächster Session wieder einzubringen. Bei dem Tit., welcher für die Militärschulden-Erhebungsanstalt mit Unteroffizier-Vorschule in Neu-Breisch 290000 M. fordert, bekämpfte Abg. Richter (Hagen) das Prinzip der Unteroffizier-Vorschulen. Es zwinge Knaben in einem Alter, in welchem sie noch nicht reif seien zur Berufswahl, sich einem Berufe zu widmen, den sie nachher vielleicht verabscheuten. Der Knabe nehme dadurch so viele Verpflichtungen auf sich und werde so einseitig gebildet, daß er später etwas Anderes schwer ergreifen könne. Auch die Knabenschulen, aus denen Unteroffiziere hervorgehen sollen, unterlägen diesen Mängeln in noch höherem Grade. Solche Anstalten förderten den Kastengeist, den Gegensatz zwischen Militär und Civil. Die Glacierung würde man dadurch doch nicht enger an Deutschland fetten. Dieselben hätten zwar eine Neigung für den Unteroffizierstand, aber nur für den französischen, der eine ganz andere gesellschaftliche Stellung und andere Ausichten habe. — Bundesratkommissar Hauptmann Haberling suchte dagegen die genannten Anstalten zu verteidigen, die möglichst wenig Zwang zum Beruf anwendeten. Die Nothwendigkeit der gegenwärtigen Vorlage sei begründet durch den großen Mangel an Unteroffizieren beim 15. Armee-corps. — Abg. Simonis bemerkte, die zuerst vom Reichsanwalt aufgestellte Behauptung von der Neigung der Glacierung zum Unteroffizierstand habe im Glac viel Staunen erregt. Sollte damit die Hinnahme der Glacierung nur zu dem niederen Militärdienste behauptet werden, so müsse er dagegen protestiren. Gätte man das Schulwesen im Glac gelassen, wie es zur Zeit der Annexion bestanden, so brauchte man keine neuen Schulen zu errichten. — Demgegenüber bemerkte der Abg. Petersen, daß das Schulwesen im Glac-Lothringen nicht zurückgegangen sei. — Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abgg. Richter, Dr. Laster, Dr. Frege und von Wendt, sowie des Kriegsministers von Kammer, aus denen unter Anderem hervorging, daß die Position in der Budgetcommission nicht genügend erörtert worden, wurde dieselbe an die Commission zurückverwiesen. Die übrigen Tit. des Militäretats wurden nach Maßgabe der Commissionenentwürfe genehmigt. Sodann verlas das Haus die Fortsetzung der Beratung auf morgen 1 Uhr. Schluß 4 1/4 Uhr.

Deutschland.

CPC. Berlin, 6. Dec. Der Nachtrag zum Reichshaushaltsetat fordert 859500 M. einmalige Ausgaben als Kosten der Erhebung einer Berufsstatistik sowie der Vornahme einer Viehzählung. Im Ganzen werden in der Begründung zu dem Gesetze wegen der Erhebung einer Berufsstatistik 22. als Kosten 1152500 M. berechnet; von dieser Summe dürfte ein Betrag von 300000 M. noch im laufenden Etatsjahre zur Verwendung kommen.

Die siebente Abtheilung des Reichstags beschäftigte sich heute mit der Prüfung der Wahl des Abg. Taglichsbied (St. Wendel-Dittweiler-Meißenheim). In diesem Wahlkreise hatte bekanntlich am 27. October der Berggrath Taglichsbied gegen 8000 Stimmen, Prof. von Hertling ebenfalls an 8000 und Prof. Birchow 4000 Stimmen erhalten. Bei der darauf erfolgten engeren Wahl erhielt Taglichsbied 11916, v. Hertling 10450 Stimmen. Dem Reichstage waren nun eine Anzahl von Protesten zugegangen, welche sich sowohl auf die erste als auf die engere Wahl bezogen und welche nicht allein von Angehörigen der Centrumpartei, sondern auch von Wählern Birchow's ausgegangen waren. Zumest beschwerte man sich darüber, daß Grubenbeamte den Arbeitern Zettel ausgehändigt hätten. In einzelnen Protesten wird noch darauf hingewiesen, daß Bergbeamte sich persönlich davon überzeugt, ob die Arbeiter die ihnen übermittelten Zettel auch wirklich abgegeben hätten. In Anbetracht so grober und so zahlreicher Verstöße beantragte der in dieser Sache zum Referenten ernannte Dr. Majunke die Beanstandung der Wahl, ein Antrag, welchem sich die Abtheilung einstimmig anschloß. Nach der Geschäftsordnung des Reichstags geht jetzt diese Angelegenheit an die Wahlprüfungscommission, welche über Gültigkeit oder Ungültigkeit der Wahl vorbehaltslos der definitiven Beschlußfassung des Reichstags sich schließt zu machen hat.

Berlin, 6. Dec. Die Vorberatungen der Vertrauensmänner der Linken über selbstständige sozialpolitische Anträge haben laut der „R. Ztg.“ dahin geführt, daß man sich prinzipiell auf der Grundlage des Unfallversicherungsgesetzes vereinigt hat. Eine schon gewählte Subcommission werde von heute ab für die Fertigstellung eines Entwurfs thätig sein. Derselbe würde dann der Vereinigung der Delegirten vorgelegt und dann an die Fractionen gelangen. Die Einbringung des Antrages beim Plenum sei zu Ende dieser oder zu Anfang der nächsten Woche zu erwarten. Es sei nicht anzunehmen, daß diese Angelegenheit vor Weihnachten noch den Reichstag beschäftigen wird. Ueberhaupt würde bis dahin schwerlich mehr abgewandelt werden als der Etat, und schon um die Frage der Kosten für den Zollanschluß Hamburgs zum Abschluß zu bringen, würde es unerlässlich werden, den Reichstag im Januar seine Arbeiten fortsetzen zu lassen, so daß ein wenn auch nur kürzeres Zusammenwirken desselben mit dem Landtage schwerlich zu vermeiden sein dürfte.

Der Kaiser machte nach den Berichten der „Kreuztg.“ und der „Nat.-Ztg.“, welche auf das Reichstagspräsidium zurückweisen, bei der gestrigen Audienz des Reichstagspräsidiums den Eindruck des Wohlbehagens und geistiger Frische. Er zeigte sich ungemein orientirt über den bisherigen Gang der Verhandlungen und betonte, er besenne sich in volstem Umfange zu seiner bei der Eröffnung verlesenen Botschaft als dem Ausdruck seiner innersten Ueberzeugung, er hege den Wunsch, daß sich in dieser Richtung die Arbeiten des Reichstages zum Heile des Vaterlandes und zum Wohle der Nation abwickeln möchten. In der Befolgung der dort gestellten sozialen Ziele liege die Aufgabe aller derjenigen, welche das monarchische Prinzip zu stützen gewillt seien.

Betreffs der Äußerungen des Reichsanwalts, daß er der Einführung der Civilehe nur sehr ungern zugestimmt hat und daß er dabei wesentlich durch die Rücksicht auf das damalige Staatsministerium geleitet worden ist, schreibt die „Kreuztg.“: „Es stimmt dies übrigens durchaus mit unsern Erinnerungen an die damalige Situation überein. Man erzählt sich damals, besonders in liberalen Kreisen, daß der Cultusminister Jast den Widerspruch des Fürsten Bismarck gegen die Einführung der Civilehe endlich überwunden und daß ihm dabei der Vizepräsident des Staatsministeriums, Minister Camphausen, vorzugsweise zur Seite gestanden habe. Wenn heute darauf hingewiesen wird, daß das Civilehe-Gesetz doch vom König genehmigt werden müßte, so glauben wir nicht zu irren, wenn wir erwähnen, daß auch Se. Majestät frant datag und daß nach langem Widerstreben ihm endlich die Zustimmung zu der Vorlage während der Krankheit und durch die Anknüpfung des brachliegenden Präsidiums des Cultusministers gleichsam abgerungen worden ist. Diese Ansicht mag es auch gewesen sein, welche den damals unmöglich in Berlin weilenden Kaiser im Herbst 1873 bestimmte, von seinen Einwendungen gegen das Civilehe-Gesetz, welches bekanntlich die evangelische Kirche mehr schädigte, als die katholische, endlich abzugehen.“

Der Abg. Payer (Volkspartei) wird wiederum einen Antrag auf Herabsetzung der Gerichtskosten, wie in der vorigen Session, einbringen.

In Reichstagskreisen waren heute erneute Gerüchte verbreitet über die Einführung eines Ricalanzlers. Biesack wurde der Minister des Innern für diesen Posten bezeichnet. Demgegenüber schreibt die „Kreuztg.“: „Die Nachricht von bedeutenden Veränderungen in der Regierung, namentlich in der Richtung der Zurückziehung des Kanzlers auf die auswärtige Politik und Ueberlassung der innern an andere Hände, ist wohl lediglich ein Nachhall älterer, nach unseren Mittheilungen beseitigter Gerüchte.“

Es besteht auf allen Seiten die Absicht, die bis jetzt vorliegenden Gesetze und die Vorlage über die Berufsstatistik, welche dem Reichstage soeben zugegangen ist, womöglich vor Weihnachten zu erledigen. Ob eine Frühlingsession stattfinden wird und ob ein formeller Schluß des Reichstages oder vielleicht vorläufig eine Vertagung erfolgt, hängt, wie die „Zf. Ztg.“ hört, noch von weiterer Erwägung ab. Die Beratung in Betreff des Reichstagsgebäudes wird im Bundesrath so beschleunigt werden, daß die betreffende Vorlage in näher Zeit und jedenfalls noch vor Weihnachten dem Reichstage zugehen kann.

Von der gestrigen Sitzung des Bundesraths wird gemeldet: Es fand der protokollarische Antrag des Reichstages für Zoll- und Steuerwesen wegen des bei Ermittlung des Nettovermögens steuerpflichtigen Salzes in Säden zu beobachtenden Ver-

fahrens die waten, betr. Gelaß des Salz und waaren zu einem Gesetze Salz zur wurden für den Sch des Bundes

Berlin mit Rom lung immer nach zuver Augenblicke über die zu und vergli Verhandlung aber nicht v. Sch lö hat fürst gefündigt.

Der A „Kreuztg.“ die Stellung gegeben zu „nicht recht Ansicht der fallers des nach neuen irgend eine thes Mo kurz oder dürfte, im Zusam lung vollst für vollst bedeutendes bedeute etwa werden soll

Berlin hier einget Nachmittags

— De fort und durdweg

Berlin letzten Red antknüpfend

Plage des nalen Ziel fügen: Die jenigen Pe solchen mo fortzureisen Trennung die Absicht

Als le mit der St der erlebte warte jekt, chem Maß Kampfe der gelfchen, r der Regier welche für Woche als belebende und vorbe gegen die nicht bloß und das

Fuld Herrn Dr. lche Er Kopp dann ciation wo Bilschows die bei de Solobal di bezieht sich wird, wie Fulda Mi

Darri partei, Liberalen) der katholi Antrag a ganzen Le

Dreë Rammer auseinander rung des und das

wesen zu tragen. D rung des berrman Reichs-Zn dem Herrn Gedanke ten Kellern gewesen, i fegung haben wir einen groß tichtigsten Problem

fabrens die Zustimmung der Versammlung. Eingaben von Privat, betreffend die Zolltarifirung von Korallenfäden, den Erlaß des Holses für auf dem Transport zu Grunde gegangenes Salz und den Erlaß einer Zollnachforderung für wollene Zeugwaren wurden nach den Anträgen der Ausschüsse abgelehnt; einem Gesuche betreffend den Erlaß der Steuer für denaturiertes Salz zur Stärkfabrikation dagegen Folge gegeben. Schließlich wurden für die Verabreichung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend den Schutz nützlicher Vögel im Reichstage Kommissarien des Bundesraths gewählt.

Berlin, 7. Dec. Von eigentlichen Verhandlungen mit Rom, von denen in gewissen Blättern verschiedener Richtung immer wieder berichtet wird, kann, so schreibt die „Kreuz“, nach zuverlässigen Berichten zur Zeit nicht die Rede sein. Im Augenblicke finden wohl nur vertrauliche Rücksprachen über die zunächst vorliegenden Fragen (Verletzungen von Bischöfen und Vergleich) statt. Die Wiederaufnahme von eigentlichen Verhandlungen ist, wie wir hören, in Aussicht genommen, wird aber nicht eher als mit der außerordentlichen Session des Herrn v. Schölkner nach Rom stattfinden. Daß sie stattfinden sollen, hat Fürst Bismarck selbst in seinen Reden im Reichstage angekündigt.

Der Artikel der „Post“ über die Lage des Papstes scheint der „Kreuz“, mit Unrecht zu Vermuthungen, bez. Versicherungen über die Stellung der Regierung selbst zu jener Frage Veranlassung gegeben zu haben. Zunächst ist, so bemerkt das erwähnte Blatt, nicht recht zu unterscheiden, was in dem betreffenden Aufsatze Ansicht der Broschüre, was im Gegentheil Ansicht des Verfassers des betreffenden Aufsatzes ist; noch weniger ist man nach neueren Erfahrungen berechtigt, daraus Schlüsse auf irgend eine schon feststehende Ansicht der Regierung zu machen. Auch wir halten jene Broschüre für ein sehr beachtenswerthes Moment in der Discussion jener Frage, welche über kurz oder lang eine actuelle Bedeutung gewinnen dürfte, und welcher unsere Regierung wahrscheinlich schon jetzt im Zusammenhang ihrer Gesamtpolitik eine große Beachtung widmet. Wir halten es daher für eine große Leistung für vollständig gerechtfertigt, wenn auch sie auf jene Broschüre als bedeutendes Moment aufmerksam macht. Eine Vetheiligung unserer Regierung aber halten wir nur in dem Sinne für wahrscheinlich, daß etwa eine Anregung zur Discussion jener Frage gegeben werden sollte.

Berlin, 7. Dec. Der Kaiser ertheilte dem aus Petersburg hier eingetroffenen österreichischen Minister Grafen Kalnoky heute Nachmittag eine Audienz.

Der Reichstag ist heute die zweite Lesung des Etats fort und genehmigte nach unerheblicher Debatte den Marineetat durchweg nach den Anträgen der Budgetcommission.

Berlin, 7. Dec. In einem Artikel über die Wirkung der letzten Reden des Kanzlers sagt die „Provinzial-Correspondenz“, antwortend auf die Ansicht des Fürsten Bismarck, sich für die Pflege des monarchischen Princips und zur Erreichung der nationalen Ziele neben den Conservativen auch auf das Centrum zu stützen: „Der Kampf fortzusetzen, könne nur die Leidenschaft derjenigen Parteien fördern, welche den Kampf mit der Kirche als solchen wollen und die Regierung auch in den bisherigen Streitigkeiten nur unterstützen, weil sie dieselbe zu ganz anderen Zielen mit fortzuführen hofften. Die Trennung von Staat und Kirche, die Trennung der Schule von der Kirche durchzuführen, sei niemals die Absicht der Regierung gewesen.“

Als letztes Ziel des Kampfes sei stets ein dauernder Friede mit der Kirche bezeichnet worden. Man stehe jetzt am Beginn der ersten Phase des kirchlichen Friedens. Fürst Bismarck erwarte jetzt, wo eine Abwehr nach jener Seite nicht mehr in gleichem Maße erforderlich sei, daß in dem nun entbreitenden Kampfe des Unglaubens gegen den Glauben überhaupt die evangelischen, wie die katholischen, überhaupt alle ersten Christen mit der Regierung zusammenstünden. Die großen leitenden Gedanken, welche Fürst Bismarck in den Reichstagsreden der vorigen Woche als die Grundlage seiner Politik aufgestellt habe, würden lebende Kraft haben, alle ersten Geister zu vereinigen zunächst und vorbehaltlich gemeinsamer positiver Schöpfungen zum Kampfe gegen die fortschrittlichen und kirchenfeindlichen Bestrebungen, welche nicht bloß für die Kirche, sondern auch für die nationale Einheit und das monarchische Princip gleich gefährlich seien.

Fulda, 6. Dec. Dem neuernannten Bischof von Fulda, Herrn Dr. Georg Kopp, wird erst in dieser Woche das päpstliche Ernennungs-breve zugehen. Mitbin kann Herr Dr. Kopp dann erst die nötigen Schritte thun, welche seiner Consecration vorausgehen, nämlich den Consecrator, der ihm die heil. Bischofswürde ertheilen soll, sowie die beiden Bischöfe einladen, die bei der heil. Handlung vorchristensmäßig zu assistiren haben. Sobald die nötigen Dispositionen getroffen sein werden — es bezieht sich dies gleichzeitig auch auf den Consecrationstag — wird, wie die „Fuldaer Ztg.“ schreibt, dem Clerus der Diocese Fulda Mittheilung gemacht werden.

Darmstadt 4. Dec. Die deutsche Fortschritts-Partei, nicht zu verwechseln mit der heftigen (den National-Liberalen), beabsichtigt, laut dem „Mainzer Journal“, den seitens der katholischen Volkspartei in der Zweiten Kammer eingebrachten Antrag auf Einführung direkter Landtagswahlen durch einen im ganzen Lande zu organisirenden Petitionssturm zu unterstützen.

Dresden, 6. Dec. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer setzte der Minister des Innern, v. Rottitz-Wallwitz, auseinander, daß gegenwärtig wenig Aussicht auf eine Abänderung des Unterstuhlungswohnsitzgesetzes vorhanden sei, und daß es bis dahin nützlich sein werde, das Landarmenwesen zu decentralisiren und auf die Bezirksverbände zu übertragen. Der Minister schloß, indem er auf eine beglückte Aeußerung des Abgeordneten Matthes einging, seine Erklärung folgendermaßen: „Daß wir nicht gut thun würden, eine allgemeine Reichs-Invalideucasse ins Leben zu rufen, darüber bin ich mit dem Herrn Abgeordneten vollständig einverstanden; aber daß der Gedanke überhaupt aufgeworfen wird, was wir thun können, um den Kellern und Bedürftigsten unter uns, die nicht mehr arbeiten können, ein gesicherteres Loos zu schaffen, als bisher möglich gewesen, daß man den Gedanken aufgeworfen, daß auch die Gesetzgebung sich mit der Lösung dieses Problems zu beschäftigen haben wird, das halte ich nicht für einen Nachtheil, sondern für einen großen Vortheil. Ich glaube, daß die besten Kräfte und die tüchtigsten Männer unserer und der künftigen Zeit sich mit diesem Problem beschäftigen werden und sich zu beschäftigen haben werden.“

... und das man überhaupt den Gedanken aufgeworfen, daß die Lösung dieses Problems mit zu den Gegenständen der Arbeiten der gesetzgebenden Faktoren gemacht werden muß, das halte ich für eine der besten Blüten der Entwicklung der Jetztzeit, für eine Blüthe, die für manche unangenehme Erfahrung uns trösten kann.

München, 6. Dec. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer fand auf der Tagesordnung der Antrag Hakenbräul auf Abschaffung des siebenten Schuljahres. Herr v. Hakenbräul motivirte seinen Antrag und bekämpfte die Ablehnung seines Antrages in letzter Session durch den Reichsrath. Grämer erachtete die Präcisirung des gegenwärtigen Standpunktes für überflüssig; er muß die Theilnahme des Volkes an den Bestrebungen der Clerikalen bekämpfen. Er sucht Beweise zu liefern, wie die Erregung in's Volk hineingetragen sei: so durch den von der Rechten entworfenen lithographischen Petitions-Entwurf an die Reichsrathskammer wegen Annahme des Antrags Hakenbräul, der nebst empfehlenden Ausschreiben durch den Abgeordneten Penn an die Landbürgermeister in amtlichen Kammer-Couverten verandt worden sei. Der Präsident verpicht strenge Reue der Rechten der Couvert-Affaire und Remueur gegen künftigen Mißbrauch. Kopp verwahrt die Rechte gegen die Consequenzen Grämer's aus der Privat-Correspondenz Penn's, für welche letztere eventuell noch Hakenbräul die Verantwortung zufalle. Schließlich wird der Antrag einem Ausschuß von 14 Mitgliedern überwiesen.

Frankreich.
Paris, 6. Dec. Paul Bert scheint es mit seinen Polizeimäßigkeiten zur „stricten Durchführung des Concordates“ eilig zu haben, denn als ersten Schritt dazu ernannte er bereits einen Ausschuss, um die für ihn nötigen Documente „aus der Geschichte“ des französischen Unterrichtswesens von 1789 bis 1808 aus dem Staube der Archive hervorzuholen. Es handelt sich hier wieder wie früher bei den Einbrüchen in die Klöster um die Verletzung der Ordensleute um die Aufhebung von bestehenden Gesetzen, d. h. von Gesetzen, die Niemand kennt, die nie in die Praxis übergingen oder alsbald wieder durch andere ersetzt wurden. Zum Zwecke der stricten Durchführung des Concordates erscheinen sie dem atheistischen Minister aber immer verwerthbar.

Die Deputirtenkammer erklärte auch die Wahl des in Rougers in der Bretagne gewählten de la Villegontier für ungültig, weil die Geistlichen des Distrikts die Wähler aufgefordert hatten, ihre Schuldigkeit zu thun, wie es sich für gute Christen ziemte. Bischof Freppel protestirte bei dieser zweiten Veranlassung abermals gegen die Theorie, daß die Geistlichen bei Wahlen sich passiv verhalten müßten, und führte aus, daß die Bischöfe vollkommen in ihrem Rechte seien, wenn sie Pastoralinstruktionen erlassen, um die Wähler über die „Prinzipien der Kirche bezüglich der sozialen Moral“ zu unterrichten. Seine Rede machte wohl Eindruck auf die Gegner der kirchlichen Freiheit, nichtsdestoweniger wurde die Wahl Villegontier's mit 370 gegen 85 Stimmen annullirt.

Italien.
Rom, 3. Dec. Der „Osservatore Romano“ veröffentlicht die Namen derjenigen kirchlichen Würdenträger, welche auf besondere Einladung des heil. Vaters der Canonications-Feier am 8. d. beizuwohnen werden. Es sind außer dem gesammten Cardinal-Collegium 64 Erzbischöfe, 71 Bischöfe und 3 Aebte. Gestern hat ein halböffentliches Consistorium stattgefunden, zu welchem besondere Einladungen mittelst der sogenannten „apostolischen Courriere“ ergangen waren. Der Papst erschien in vollem Ornat, von seinem ganzen Hofstaat begleitet. Nachdem ein kurzes, für diese Feierlichkeiten vorgeschriebenes Gebet gesprochen war, hielt der h. Vater eine kurze Anekdote, in welcher er die Verdienste der zu canonicierenden Heiligen hervorhob und dann die Anwesenden um ihr Urtheil bat. Hierauf gaben zunächst die Cardinale, dann die Erzbischöfe und zuletzt die Bischöfe ihr Urtheil ab, das sie laut von einem Zettel ablasen. Die Zettel wurden hierauf vom Secretär der Congregation gesammelt. Alsdann hielt der Papst eine zweite Anekdote, in welcher er konstatierte, daß das Gutachten einstimmig für die vorzunehmende Canonication laute, und zu einem nochmaligen Gebet aufforderte. Schließlich leitete der General-Procurator am Thron nieder und bat um die Erlaubnis, Urkunden von der Verabhandlung aufsetzen zu dürfen. Der ganze Act schloß mit Ertheilung des päpstlichen Segens.

Siebenhundert Wädgerellen machten am 2. d. in Rom Straße und verarmelten sich in einem Gasthause außerhalb der Porta Pia. Die Wädgerellen verlangen eine Vohverhöhung von einer halben Lira pro Tag für das Lurusgebad und von 25 Centesimi pro Tag für das Hausbrod, einen stabilen Bacanzturnus an den Festtagen und eine achtstündige Rändigung. Alle Bemühungen der Polizei-Organen, die Gezellen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, scheiterten, jedoch leisteten dieselben der Aufforderung, auseinanderzugehen, willig Folge und gingen ruhig nach Hause. Auch die Bemühungen der Polizei, die Meister wenigstens zum theilweisen Nachgeben zu bewegen, blieben erfolglos. Nun mußte man ernstlich daran denken, die Stadt für heute nicht ohne Brod zu lassen. Der Syndicus telegraphirte daher nach Neapel, man möge mit den ersten Frühlagen eine Quantität Brod hierher senden, welches auch anlam. Die wenigen Wädger, bei welchen es keinen Strite gab, weil Meister und Gezellen sich schon früher verständigt hatten, arbeiteten doppelt, den übrigen wurden Militärwädel zugetheilt. Trotzdem herrschte heute ein empfindlicher Brodmangel und morgen wird es noch schlimmer sein, wenn der Strite fortbauert. Alle Badstuben, in denen gearbeitet wird, sind durch zahlreiche Sicherheitsorgane und Carabinieri beschützt, um Gewaltthatigkeiten von Seiten der Stritenden zu verhindern. Bis jetzt ist noch keine Aussicht auf eine Verständigung zwischen Meistern und Gezellen. Die Straße Porta Pia nimmt von Patronen, ein Theil der Garnison ist conignirt.

Rußland.
Petersburg, 5. Dec. Der Verbrecher Sjantowski verweigert außer den gemachten dinstigen Angaben über seine Person jede Auskunft über Mithschuldige und wie das Attentat geplant wurde. Er sagte: „Ich weiß, was ich zu erwarten habe, alles Uebrige geht mich nichts an.“ Ueber das Georgsfehl laufen beunruhigende Gerüchte um. Rosow soll den Kaiser gebeten haben, dasselbe diesmal in Gatschina zu feiern. Daß das geschehe, dürfte zweifelhaft sein. Von mancher Seite wird behauptet, die Polizei habe Kenntniß von neugelegten Mienen, nach denen bisher erfolglos eifrig gesucht wurde.

Rheinland und Westfalen.

Neuß, 8. Nov. In der gestrigen Sitzung des königlichen Schöffengerichts, in welcher unter dem Vorsitze des Amtsrichters Rudloff die Schöffen Theod. Kemp, Kaufmann zu Neuß, und Aug. Heber, Wirth zu Zons, fungirten, kamen die nachfolgenden Sachen zur Verhandlung:

ad 1. waren der Verübung groben Unfugs angeklagt 1) Otto Kr., Aderer, 2) Aderer Walth. Kr., beide zu Neuß wohnend; Otto Kr. wurde zu einer Geldstrafe von 6 M. ev. Haftstrafe von 2 Tagen und Walth. Kr. zu einer Haftstrafe von 3 Tagen verurtheilt. — ad 2. waren angeklagt 1) Wilt. B., 2) Phil. B., 3) Melchior Br., 4) Heint. Br., 5) Sebastian B. und 6) Carl L., Alle zu Neuß wohnend; ad 1—5 am 3. Juli 1881 zu Neuß gemeinschaftlich eine dem Gerbereibesitzer Anton D. zugehörige halbe Haut gegerbtes Sohlleder, über 25 M. werth, aus fremdem Gewahrsam weggenommen zu haben; ad 6) an gedachtem Tage und Orte die vorbezeichnete Haut — eine Sache, von der er wußte oder den Umständen nach annehmen mußte, daß sie mittelst einer strafbaren Handlung erlangt war, angekauft zu haben. Sammtliche Angeklagten wurden unter Annahme mildernder Umstände zu nur je 1 Tag Gefängniß verurtheilt. — ad 3. Wilt. L., Hehger und Anton K., Schneidermeister, beide aus Neuß, der Verübung groben Unfugs angeklagt, wurden Mangels Beweises von Strafe und Kosten freigesprochen.

ad 4. am 13. Juli d. J. in Rödath seinen Vater, den Schneider Paul L., mittelst eines gefährlichen Werkzeuges mißhandelt zu haben, war der Schneider Peter Joseph L. aus Rödath angeklagt. Demselben wurde die gelinde Strafe von 3 M. event. 1 Tag Gefängniß judicirt, da der Zeuge und Vater des Angeklagten sein Zeugniß abzugeben sich weigerte und die Verurtheilung nur auf Grund des abgegebenen Geständnisses erfolgte. — ad 5. war die ganze Familie L. aus Rödath der Verübung groben Unfugs durch gegenseitige Schimpferei angeklagt. Mangels Beweises wurde dieselbe freigesprochen. — ad 6. mit 72 M. event. 6 Tagen Haft wurde der geschäftsführende Johann K. aus Düsseldorf bestraft, derselbe hatte am 7. und 8. Aug. cr., während des Neusser Wettrennens, Bier gegen Bezahlung an die Besucher des Rennens verabreicht, ohne die dazu erforderliche polizeiliche Genehmigung zu besitzen. — ad 7. dieselbe Strafe wurde dem Kleinbändler Wilhelm M. aus Neuß, wegen desselben Vergehens, mit dem Unterschiede daß der Ausschank während den Kirchfesten stattfand, judicirt. — ad 8. 5 Tage Gefängniß erhielt die Ehefrau des Handlangers Jakob K. aus Ostrath, welche unter der Anklage stand, am 1. Oct. cr. zu Neuß durch mehrere selbstständige Handlungen der Ehefrau Theodor Hubert G. ein Paar Frauenstrümpfe und ein Paar Socken gestohlen zu haben.

ad 9. ebenfalls wegen Gewerbesteuer-Defraudation wurde der Flaschenbierhändler Martin L. aus Düsseldorf zu einer Geldstrafe von 72 M. verurtheilt. — ad 10. war angeklagt die Wwe Pet. H., Catharina geb. Schm. aus Dormagen, am 7. Mai 1881 zu Dormagen 1) die Ehefrau Heint. K. mit einem Wassernapf mißhandelt, 2) groben Unfug verübt zu haben; dieselbe wurde wegen der Mißhandlung zu einer Gefängnißstrafe von 1 Monat verurtheilt, von der Anklage des groben Unfugs dagegen freigesprochen. — ad 11. wurde der Schauspieler Heint. H. aus Broich bei Gohr, welcher angeklagt war, am 2. März v. J. zu Gohr gemeinschaftlich mit Anderen den Jagdbater Heint. Pf. mittelst eines gefährlichen Werkzeuges mißhandelt zu haben, zu 5 Monaten Gefängniß verurtheilt und die sofortige Verhaftung desselben verfügt. — ad 12. am 15. Sept. 1881 wissentlich nachgemachte Nahrungsmittel, nämlich Kunstbutter, unter der zur Täuschung geeigneten Bezeichnung als Naturbutter feilgehalten und dadurch das Vermögen des Kleinbändlers Wilt. K. zu Neuß beschädigt zu haben, war angeklagt die Ehefrau Franz H. zu Oberlörich. Die Angeklagte wurde auf Grund des § 10 ad 2 des Gesetzes vom 14. Mai 1879 zu einer Gefängnißstrafe von 3 Wochen, außerdem auf Grund des § 263 des St.-G.-B. wegen Betrugs zu einer Gefängnißstrafe von 2 Wochen, nach § 74 des St.-G.-B. in eine Gefängnißstrafe von 4 Wochen verurtheilt. — ad 13. wegen Verübung groben Unfugs wurden: 1. Heint. Kr., Weber, 2. Johann H., Tagelöhner, 3. Joseph L., Weber, 4. Ferdinand Br., Tagelöhner und 6. Jakob B. Adergebälte aus Dormagen, zu einer Haftstrafe von je 2 Tagen verurtheilt. — ad 14. wurde die Wwe Wilt. B. aus Neuß wegen Verübung groben Unfugs zu 3 M. Geldstrafe event. 1 Tag Haft verurtheilt. — ad 15. mit je 15 M. event. je 5 Tagen Haft wurden die ebenfalls der Verübung groben Unfugs angeklagten 1. Tagelöhner Clemens H., 2. Tagelöhner Andreas H., beide aus Neuß, bestraft.

ad 16. wurde der Dachziegler Wilt. B. aus Zons polizeilich vorgeführt, derselbe, angeklagt, am 31. Juli curr. zu Dormagen in Gemeinschaft mit Anderen den Fleischbeschauer Theod. K. und den Korbmacherjellen Herrn. H. von Worringen vorläufig körperlich mißhandelt zu haben, wurde zu einer Gefängnißstrafe von 14 Tagen verurtheilt. —
Weidenrich, 5. Dec. Die „Düss. Bztg.“ berichtet: Gestern Abend holten einige Knechte die Pferde eines hiesigen Oeconomen von der Weide. Den sie begleitenden 10—12jährigen Knaben gestatteten sie, auf dem Rückwege die Pferde zu besteigen, welche dann mit Gewalt zum schnellen Laufen veranlaßt wurden. Dabei kam ein Pferd zum Falle, auch ein zweites Pferd, welches der auf dem ersten sitzende Knabe zugleich mitführte, stürzte, der Knabe selbst aber fiel unter beide Pferde, so daß er einen Beinbruch und mehrere kleinere Verletzungen davon trug. Auf einem Handlarren wurde der Verletzte zu den beträfften Eltern gebracht.

Fruchtpreise zu Neuß am 9. December.

Weizen	1. Qual.	24 60	Hafer alter	17 20
neuer	2. „	22 60	neuer 1. Qual.	15 50
			2. „	14 —
Pandrogen	1. Qual.	21 40	Rüben (Weel)	26 50
(neuer)	2. „	20 40	Raps	28 —
Winter-Weizen	—	—	Kartoffeln	5 —
Birnweizen	1. Qual.	—	Heu	12 —
„ 2. „	—	—	Woggenstroh per Schock	50 —
			4 600 Rilo	—

Preise unverändert.
Rübel per 100 Rilo in Partien von 100 Ctr. 61 —
Rübel per 100 Rilo saßweise 63 —
Rübel und Rüben unverändert.

